

Totschnig: Gesunder Boden ist Voraussetzung für Lebensmittelversorgung	1
"Tag des Bodens" am 5.12.: Landwirtschaft betreibt aktiven Bodenschutz	2
Handelsabkommen EU-Kanada: Deutscher Bundestag stimmt nun doch für CETA	4
Schwaches Exportgeschehen drückt internationale Getreide- und Maisnotierungen	4
EU-Schweinemarkt: Verarbeitung läuft für Weihnachtsgeschäft auf Vollast	6
Heimische Gemüseernte 2022 trotz Trockenheit über dem Durchschnitt	7
Hagelversicherung: Verbauung unserer Böden ist eines der größten Umweltprobleme	8
Totschnig lud zum ersten Treffen der neuen Holzpolitikplattform "woodPop"	10
IGP: Es braucht mehr Tempo bei Innovationen für den Green Deal	11

Totschnig: Gesunder Boden ist Voraussetzung für Lebensmittelversorgung

Heimische Bodenstrategie soll 2023 beschlossen werden

Wien, 2. Dezember 2022 (aiz.info). - Im Vorfeld zum "Tag des Bodens" am 5. Dezember erinnert Bundesminister **Norbert Totschnig** an die vielfältigen Funktionen der wertvollen Ressource Boden, verweist auf erfolgreiche Maßnahmen seines Ressorts in diesem Bereich und geht auf die Erarbeitung der Bodenstrategie ein. "Gesunde Böden sind die Grundlage für lebenswerte Regionen. Sie schützen vor Hochwasser und Hitzeinseln, versorgen uns mit regionalen Lebensmitteln und prägen unser einzigartiges Landschaftsbild. Aber vor allem speichern Böden auch CO₂ aus der Luft und tragen so zur Reduzierung des Treibhausgas effekts bei. Boden ist also nicht nur die Voraussetzung für die Lebensmittelversorgung, sondern auch eine natürliche Klimaanlage", betont Totschnig.

"Unser aller Ziel muss sein, den Flächenfraß in Österreich zu reduzieren. Laut Erhebung des Umweltbundesamtes ist es im Jahr 2021 zu einem leichten Rückgang der täglichen Flächeninanspruchnahme auf 10 ha pro Tag gekommen. Im Regierungsprogramm ist das ehrgeizige Ziel verankert, den Bodenverbrauch auf 2,5 ha bis 2030 zu reduzieren. Um dieses Ziel zu erreichen, wird derzeit in einem umfangreichen Prozess zwischen Bund, Ländern und Gemeinden intensiv an der Fertigstellung der Bodenstrategie gearbeitet. Raumordnung ist grundsätzlich in Länderkompetenz. Bei der Erstellung einer Bodenstrategie müssen also die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Regionen berücksichtigt werden. Qualität vor Tempo ist hier die Devise", führt Totschnig weiter aus. Die Beschlussfassung der Bodenstrategie ist 2023 im Rahmen einer politischen Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK)-Sitzung geplant.

AGES bestätigt positive Entwicklung beim Humus-Gehalt heimischer Ackerböden

Im Fokus der Landwirtschaft stehe die Bodenfruchtbarkeit, die durch Humus-Anreicherung verbessert wird. "Für eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion ist ein optimaler Humus-Gehalt im Boden Voraussetzung. Seit Beginn der 1990er Jahre verzeichnet Österreich eine positive Entwicklung beim Humus-Gehalt heimischer Ackerböden. Dieser Erfolg ist vorwiegend auf Maßnahmen im Österreichischen Programm für umweltgerechte Landwirtschaft zurückzuführen", so Totschnig und verweist auf bewährte ÖPUL Maßnahmen wie günstige Fruchtfolgen, eine reduzierte Bodenbearbeitung, die biologische Bewirtschaftung sowie zahlreiche Bildungs- und Beratungsmaßnahmen, die einen sorgfältigen Umgang mit Boden in den Mittelpunkt stellen. "Die Beratung und die gesetzten Umweltmaßnahmen zur Steigerung der Bodenfruchtbarkeit zeigen in Form der gestiegenen Humus-Gehalte nachweisbare Erfolge in allen Regionen", bestätigt **Andreas Baumgarten**, Institutsleiter für Bodengesundheit und Bodenschutz in der AGES und Leiter der Geschäftsstelle des Fachbeirates für Bodenfruchtbarkeit und Bodenschutz des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BML).

In einem neuen Lehrvideo und der Broschüre "Humus in Diskussion" des Fachbeirates im Auftrag des BML kommen Experten von Bund, Ländern, Forschungseinrichtungen und Praktiker aus der Landwirtschaft zu Wort, stellen pflanzenbauliche Maßnahmen als Grundlage für biologische wie konventionelle Landbewirtschaftung vor und präsentieren neue wissenschaftlichen Erkenntnisse. Die Broschüre dazu kann auf aiz.info heruntergeladen werden.

Bildungsmaterialien zum bewussten Umgang mit Boden

Bundesministerin Leonore Gewessler und Bundesminister Norbert Totschnig haben gemeinsam einen Bildungsschwerpunkt zum Thema Boden gesetzt. Im Auftrag von Klimaschutzministerium und BML hat das Forum Umweltbildung Bildungsmaterialien zum Thema "Die Zukunft unseres Bodens - Boden schützen und nachhaltig nützen" erstellt. "Wenn es um Bewusstseinsbildung zum Schutz unserer natürlichen Ressourcen geht, müssen wir schon bei den Kindern anfangen. Daher freut es mich besonders, dass Umweltministerin Leonore Gewessler und ich durch Zusammenarbeit unserer Ressorts mit den Bildungsmaterialien 'Zukunft unseres Bodens' einen weiteren Beitrag zum Erreichen unseres Ziels leisten können, nämlich: Den Boden zu schützen und den Flächenfraß zu reduzieren", betont Totschnig. Die Unterlagen stehen unter www.umweltbildung.at/bodenschutz zur Verfügung. (Schluss)

"Tag des Bodens" am 5.12.: Landwirtschaft betreibt aktiven Bodenschutz

Bauern und Bäuerinnen proaktiv - Jedoch mehr Schutz vor Versiegelung gefordert

Wien, 2. Dezember 2022 (aiz.info). - Die unverzichtbaren Funktionen unserer Böden und was Bäuerinnen und Bauern alles unternehmen, um diese zu schützen, streicht die Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ) anlässlich des nahenden Tags des Bodens am 5. Dezember hervor. Gleichzeitig werden vor weiteren Versiegelungen dieser unersetzbaren Lebensgrundlage gewarnt und Maßnahmen gefordert.

"Unsere Böden bilden weltweit die Grundlage für über 90% der produzierten Lebensmittel. Sie bieten Pflanzen einen Wachstumsraum, speichern Nährstoffe, filtern Wasser und schützen das Klima, indem sie Kohlenstoff in Form von Humus binden. Noch dazu bietet das Erdreich Lebensraum für Milliarden von Organismen. Um diese und weitere unverzichtbare Funktionen des Bodens auch für die kommenden Generationen zu bewahren und zu fördern, bewirtschaften unsere heimischen Bäuerinnen und Bauern ihre Flächen mit größter Sorgfalt", erklärt **Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ).

Humusgehalte der österreichischen Böden steigen

"Den Bäuerinnen und Bauern ist es in den vergangenen zwanzig Jahren gelungen, den Humusgehalt und somit die Fruchtbarkeit der Böden stetig zu erhöhen. Vielfältige Fruchtfolgen, Zwischenfrüchte, Begrünungen und Untersaaten spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie bringen nicht nur organische Substanz in die Erde, sondern schützen diese vor Erosion, schließen mit ihrem Wurzelsystem den Boden auf, beseitigen Verdichtungen und sind Nahrung für die darin lebenden Organismen. Eine ständige Bodenbedeckung von 30 bis 50% reicht bereits aus, um den Untergrund vor Erosion zu schützen", erklärt Moosbrugger. Durch das Einarbeiten von Stroh und Pflanzenresten sowie durch die Düngung mit Kompost, Mist und Mineraldünger fördern die Bäuerinnen und Bauern zusätzlich den Aufbau von organischer Substanz.

"Viele Bäuerinnen und Bauern betreiben eine konservierende, reduzierte oder minimale Bodenbearbeitung, die vielen der genannten Ziele auch zugutekommt. So bleiben vorhandene Strukturen im Boden, Regenwurmgänge und Röhren abgestorbener Wurzelgänge erhalten. Die geringe Arbeitstiefe verbessert etwa auch die Wasserverfügbarkeit und die Tragfähigkeit des Bodens", so Moosbrugger weiter. Mulch- und Direktsaat sind auf erosionsgefährdeten Flächen vorteilhaft, um den Untergrund zu schützen. Dabei wird das Saatgut direkt in den mit Pflanzenresten der Vorfrucht oder Zwischenfrucht bedeckten, un- oder nur minimal bearbeiteten Boden gelegt.

Verbauung als größte Gefahr für den Boden

Der Bodenschutz betrifft allerdings keineswegs nur die Bäuerinnen und Bauern, ganz im Gegenteil. "Unsere bäuerlichen Familienbetriebe tun bereits enorm viel für den Bodenschutz und -fruchtbarkeit. Nachholbedarf gibt es hingegen bei der Frage, landwirtschaftlich ertragsfähige Böden vor der Verbauung zu schützen. Jeden Tag werden rund 10 ha Boden versiegelt, die dann nicht mehr für die Lebensmittelproduktion zur Verfügung stehen. Gleichzeitig verliert der Boden seine wichtigen Lebensraum- und Schutzfunktionen, wie die Fähigkeit Wasser zu speichern. Das erhöht die Gefahr von Überschwemmungen. Daher braucht es eine koordinierte Raumplanungspolitik und messbare Ziele für die Bodenversiegelung. Nur so kann es gelingen, das Regierungsziel von 2,5 verbauten Hektar pro Tag zu erreichen", so Moosbrugger.

Der LKÖ-Präsident fordert, nach dem Vorbild der Schweiz landwirtschaftliche Vorrangflächen auszuweisen, die nicht für andere Zwecke gewidmet werden dürfen. Zudem sollen Gewerbe-, Einkaufs- und Parkflächen nicht mehr einfach auf der "grünen Wiese" errichtet werden. Bei Gewerbeflächen sollen mehrere Geschoße vorgeschrieben beziehungsweise forciert werden. Gleichzeitig braucht es eine Stärkung und Verdichtung der Orts- und Dorfkerne. Energieflächen für Photovoltaik-Anlagen sollten primär auf Dächern und bereits verbauten Flächen errichtet werden, um die wertvollen Agrarböden für die Lebensmittelproduktion und als Lebensraum zu erhalten. "Wir dürfen den kommenden Generationen nicht ihre Zukunft verbauen", warnt Moosbrugger.

Zahlen und Fakten

Von der Definition her sind Böden die belebte, oberste Schicht der Erdkruste. Sie bilden weltweit die Grundlage für über 90% der produzierten Nahrung. Außerdem gelten sie als größter CO₂-Speicher der Welt. In ihnen ist dreimal so viel Kohlendioxid enthalten wie in der Atmosphäre. Daher spielt der Boden als Klimafaktor eine zentrale Rolle - ebenso wie als Lebensraum. In einem Hektar Wiese etwa sind 25 Tonnen kleinster Bodenlebewesen zu finden. Diese durchlüften und lockern den Boden und reichern ihn mit verfügbaren Nährstoffen an.

In Österreich werden laut Agrarstrukturerhebung 2020 rund 2,60 Mio. ha bzw. 31% der Staatsfläche landwirtschaftlich genutzt. Davon sind 50% Dauergrünland und Almen, 47% Ackerfläche, 2% Weinbau und 1% Obstanlagen. Die forstwirtschaftlich genutzte Fläche in Österreich beträgt insgesamt 3,41 Mio. ha bzw. knapp 50% der Staatsfläche. (Schluss)

Handelsabkommen EU-Kanada: Deutscher Bundestag stimmt nun doch für CETA

Wirtschaft hofft auf mehr Handel

Berlin, 2. Dezember 2022 (aiz.info). - Deutschland hat nach jahrelangem Zögern das CETA-Freihandelsabkommen der EU mit Kanada ratifiziert. Für das entsprechende Gesetz votierten am Donnerstag laut APA im Bundestag 559 Abgeordnete. 110 Parlamentarier stimmten dagegen. Die Wirtschaft erhofft sich einen Schub im Handel mit dem nordamerikanischen Land und weitere Abkommen mit anderen Staaten wie Chile und Mexiko.

Aktivisten und Sozialverbände hatten sich im Vorfeld bereits kritisch geäußert. Mit dem Abkommen würden Sonderrechte für ausländische Investoren geschaffen sowie Firmengewinne über Klima- und Umweltbedürfnisse gestellt, so der Vorwurf.

CETA kann erst endgültig in Kraft treten, wenn alle 27 EU-Mitgliedsstaaten grünes Licht gegeben haben. Viele Länder fehlen jedoch noch, unter anderem Italien und Frankreich. In Österreich wurde das Abkommen 2018 ratifiziert. Die Verhandlungen über das Abkommen hatten beide Seiten 2016 abgeschlossen. Seit September 2017 wird es vorläufig angewendet. Damit gibt es für 98% aller Waren, die zwischen der EU und Kanada gehandelt werden, keine Zölle mehr. Kanada selbst hat die Ratifizierung bereits abgeschlossen.

2021 wurden nach Kanada deutsche Güter im Wert von zehn Mrd. Euro exportiert, die Importe summierten sich auf 6,2 Mrd. Vom gesamten deutschen Handelsvolumen sind das allerdings nur 0,6%. Laut Wirtschaftsverbänden ist seit der vorläufigen Anwendung von CETA das Volumen aber schon um rund ein Fünftel gestiegen.

Die Ampel-Koalition hatte zuletzt in einem Positionspapier deutlich gemacht, zwingend Nachhaltigkeitsstandards - also etwa Klimaauflagen und Arbeitsmindestauflagen - in künftigen Handelsabkommen verankern zu wollen. Das erschwert Kritikern zufolge die Verhandlungen mit vielen Ländern. Trotzdem wollen sich die Ampel-Parteien SPD, Grüne und FDP dafür einsetzen, das Mercosur-Abkommen mit den südamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay zu ratifizieren. Außerdem wird ein zügiger Abschluss der Verhandlungen mit Chile und Mexiko angestrebt. Auch die Handelsbeziehungen der EU und der USA, die derzeit durch riesige Subventionen für in den USA produzierende Firmen überschattet wird, sollen vertieft werden.
(Schluss)

Schwaches Exportgeschehen drückt internationale Getreide- und Maisnotierungen

Internationaler Trend und Ukraine-Lieferungen bremsen heimischen Kassamarkt

Wien, 2. Dezember 2022 (aiz.info). - Unter allen Erwartungen liegende Weizenausfuhren der USA und deutliche Wettbewerbsvorteile für die Schwarzmeer-Weizen aus Russland und der Ukraine drücken auf die Weizennotierungen in den USA und Europa - und diese wiederum auch auf die Maismärkte. Damit setzte sich diese Woche der Abwärtstrend der internationalen

Getreidenotierungen fort. Dies und eine zunehmende Liefertätigkeit aus der Ukraine bremsten am österreichischen Kassamarkt die Geschäftstätigkeit mit inländischer Ware und drückten an der Wiener Produktenbörse ebenfalls die Notierungen von Brotgetreide - bei Mahlweizen und -roggen sogar deutlich unter die zuletzt getätigten.

Die Wettbewerbsfähigkeit des US-Weizens am Weltmarkt leidet auch unter einem starken US-Dollar. In der Beurteilung der Fundamentaldaten wiegen Dürreschäden in Argentinien sowie den USA und andererseits gute Aussichten Australiens und Kanadas einander weitgehend auf. Für einigermaßen Entspannung auf den Märkten sorgten Nachrichten über die Lockerung der rigiden Covid-Maßnahmen in China, nachdem verbreitete Protestaktionen für Beunruhigung gesorgt haben, und frische Sojabohnen-Order in den USA. Gegenüber den marktüblichen Kursen von der Regierung Argentiniens, die den Landwirten günstigere Wechselkurse für den Umtausch von Dollar-fakturierten Exporterlösen in die nationale Währung - den sogenannte Soja-Peso - gewährt, stimulieren die Sojaausfuhren des Südamerikanischen Groß-Exporteurs. Indes streiten die USA und sein südlicher Nachbar wegen der Ankündigung Mexikos, ab 2024 die Einfuhr von GVO-Mais verbieten zu wollen.

Internationale Preise weiter im Sinken

An der Euronext in Paris gab der Schlusskurs für Mahlweizen zur Lieferung im Dezember zwischen vorigem Freitag und Donnerstag dieser Woche von 326,75 auf 325,75 Euro/t nach. Mais zur Lieferung im März 2023 rutschte im Wochenabstand von 304,00 auf 297,50 Euro/t unter die 300-Euro-Marke. Raps mit Fälligkeit Februar 2023 fiel im Wochenverlauf 590,00 auf 585,50 Euro/t. Am Freitag ging es noch weiter bergab.

Schwarzmeer-Getreidedeal sogt weiterhin für Diskussionsstoff

Ein von Russland offensichtlich auch mit der Zustimmung zur Verlängerung des Getreidedeals für sichere Schwarzmeer-Exporte junktimiertes Abkommen über Exporte russischer Düngemittel und von Ammoniak über eine ukrainische Pipeline zu einem Schwarzmeerhafen stehe laut UN-Vertretern kurz vor einem Abschluss. Die Ukraine wirft ihrerseits russischen und türkischen Kontrolloren vor, die Inspektion von Schiffen vor der Bosphorus-Passage zu verzögern und ihre Exporte von 4,2 Mio. t im Oktober auf 3 Mio. t zuletzt im November gebremst zu haben.

Anhaltende Schwierigkeiten für Getreidelieferungen aus der Ukraine prangert auch der EU-Verband des Getreidehandels, Coceral, an. Er warnt vor weiteren russischen Luftschlägen, die auch die Hafeninfrastuktur und Energieversorgung der Verladeeinrichtungen trafen, und kritisiert Tempo und Transparenz der Kontrollen ukrainischer Getreidelieferungen über das Schwarze Meer. Dies sorge für Staus und drücke auf die Erzeugerpreise in der Ukraine. Coceral begrüßt zwar die Verlängerung des Getreidedeals über den Schwarzmeer-Korridor um 120 Tage, weil er kurzfristig die Versorgung des Weltmarktes mit Getreide und Ölsaaten ermögliche, sieht aber auf längere Sicht die Rolle der Ukraine als bedeutenden Anbieter gefährdet.

Ins Stocken gerät offensichtlich auch die Maisernte der Ukraine, die per 24. November einen Fortschritt von lediglich 53% erreicht habe. Laut Experten drohe einiges an Mais über den Winter am Stamm zu bleiben. Der Informationsdienst APK-Inform schätzt, die Ukraine werde 2022/23 knapp 28 Mio. t Mais nach fast 42 Mio. t im Vorjahr einbringen.

Internationale Preise und Ukraine-Exporte bremsen heimischen Kassamarkt nunmehr

Rund um die Notierungssitzung der Wiener Produktenbörse am Mittwoch dieser Woche hieß es, Käufer würden im internationalen Kontext niedrigere Preise bieten, die Verkäufer sich aber gelassen zurücklehnen. Beim Brotweizen habe dies nahezu zu einem Stillstand geführt, es seien nur kleinere Restabdeckungen für kurzfristigen Bedarf getätigt worden. Dies steht offensichtlich auch in Zusammenhang damit, dass man schon gespannt in Richtung Jahreswechsel blickt, ob hier an den Terminmärkten eher mehr Long- oder Shortpositionen glattgestellt werden und welcher weitere Trend damit vorgegeben wird.

Die zuletzt an Fahrt gewinnende Exporttätigkeit der Ukraine spüre man insbesondere am Mais- und Ölsaatenmarkt. So zeigten sich die Maisverarbeiter gut mit Ware für den kurzfristigen Bedarf gedeckt, wohingegen inländische Abgeber bei den aktuellen Preisgeboten ihre Ware zurückhielten.

Die Quotierungen der Ölmühlen im österreichischen Umfeld bewegten sich für Raps im internationalen Kontext auf und ab, sanken aber für Sonnenblumen und vor allem entgegen den positiven Vorgaben der CBoT deutlich für Sojabohnen lokaler Herkunft.
(Schluss) pos

EU-Schweinemarkt: Verarbeitung läuft für Weihnachtsgeschäft auf Vollast

Österreich: Notierung legt erneut um 5 Cent zu

Wien, 2. Dezember 2022 (aiz.info). - Die Fleischverarbeitung arbeitet alljährlich Anfang Dezember auf Vollast und saugt überdurchschnittliche Mengen aus der Schlacht- und Zerlegebranche ab. Diese Sogwirkung reicht aktuell zurück bis in die Ferkelstallungen, d. h. die gesamte Wertschöpfungskette profitiert zurzeit vom Weihnachtsgeschäft. Vor diesem Hintergrund konnte das deutsche Preismodell das letztwöchige Plus von 5 Cent wiederholen. Erwartungsgemäß gut bis sehr gut behaupten sich auch die übrigen Notierungen am EU-Binnenmarkt.

Rege Nachfrage verzeichnet auch der Lebend- und Fleischmarkt in Österreich. Was noch vor drei Wochen ein bis zwei Tage verschoben werden musste, wird aktuell ein bis zwei Tage früher abgeholt. Trotzdem ist die Anzahl der Schlachtungen seit zwei Wochen, auf aktuell 96.000, leicht rückläufig, berichtet **Johann Schlederer**, Geschäftsführer der Österreichischen Schweinebörse. Wirklich positiv, im Vergleich zu den letzten beiden Corona-Jahren, macht sich das Geschäft auf den Weihnachtsmärkten bemerkbar. Hier werden traditionell große Mengen Schweinsbratwürstel zur Freude der Wursterzeuger gegrillt. An der Österreichischen Schweinebörse war das unterdurchschnittliche Angebot trotz eines bevorstehenden Feiertages in der kommenden Woche rasch vergriffen. In der Konsequenz konnte man die Mastschweine-Notierung um 5 Cent auf 2,09 Euro/kg Schlachtgewicht (Berechnungsbasis: 1,99 Euro) nach oben setzen. (Schluss)

Heimische Gemüseernte 2022 trotz Trockenheit über dem Durchschnitt

Deutlich höherer Bewässerungsaufwand

Wien, 2. Dezember 2022 (aiz.info). - Die heimische Gemüseernte 2022 fiel trotz verspätetem Vegetationsbeginn und anhaltender Sommerhitze überdurchschnittlich aus. Mit einer Erntemenge von 674.300 t Feld- und Gartenbaugemüse bei einer kaum veränderten Anbaufläche zum Vorjahr konnte das Niveau von 2021 nahezu gehalten werden, teilt die Statistik Austria mit. Das Fünfjahresmittel wurde aufgrund optimaler Wachstumsbedingungen im Frühsommer und guten klimatischen Verhältnissen im Spätherbst damit um 9% überschritten. Wegen des trockenen Sommers musste allerdings deutlich mehr bewässert werden.

Die Fruchtgemüseernte betrug 167.400 t und lag damit trotz der insgesamt gestiegenen Anbaufläche (+6%) etwas unter dem Vorjahr (-1% zu 2021). Zum Fünfjahresdurchschnitt wurde ein Plus von 3% verzeichnet. Während es bei den Feldgemüsearten wie Zuckermais, Speisekürbis und Zucchini zu merklicher Anbauausweitung kam, wurde die Fläche der energieintensiven Glashauskulturen durch verkürzte Saison, Reduktion der Anbausätze sowie Betriebsstillegungen reduziert, so Statistik Austria.

Bei Tomaten ging die Fläche um 3% zurück und die Produktion war mit 57.000 t 5% geringer als 2021. Über 80% davon waren Rispenparadeiser. Die Erntemenge von Gurken ging mit 44.100 t ebenfalls deutlich zurück (-8% zu 2021). Trotz Flächenreduktion stellten Salatgurken aus geschütztem Anbau mit 34.200 t (-8% zu 2021) etwas über drei Viertel der gesamten Gurkenproduktion. Auch Einlegegurken, die hauptsächlich in Oberösterreich kultiviert wurden, verhielten sich weiter rückläufig, konnten aber ihren Anteil von rund einem Fünftel halten; geerntet wurden 8.800 t (-11% zu 2021).

Bei Paprika kam es, vor allem aufgrund von Betriebsauflassungen, ebenfalls zu einer beachtlichen Flächenreduktion von 19%, sodass sich die Produktion auf 12.600 t reduzierte (-16% zu 2021). Davon stammten 97% aus Anbau unter Glas und Folie, wovon wiederum fast 80% der bunten Varietät zugehörig war.

Die Fläche von Zuckermais erreichte ein Rekordniveau von 940 ha (+16% zum Fünfjahresmittel) ebenso wie der Hektarertrag, woraus sich eine außerordentlich hohe Produktionsmenge von 19.200 t ergab (+27% zu 2021). Auch Speisekürbis erzielte flächenbedingt einen neuen Spitzenwert von 22.300 t (+8% zu 2021), ebenso Zucchini, die eine Produktion von 8.100 t erreichten (+13%). Melonen legten ebenfalls weiter zu und verzeichneten gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 9% auf 2.200 t.

Kohl-, Blatt- und Stängelgemüse: Hohe Temperaturen führten teilweise zu Übermengen

Kohl-, Blatt- und Stängelgemüse verzeichnete mit 141.700 t eine leicht überdurchschnittliche Produktionsmenge (+3% zum Fünfjahresmittel), die unter dem Vorjahr blieb (-4%). Die kühle Frühjahrswitterung verzögerte bei den Freilandkulturen anfangs die Entwicklung, später führten die hohen Temperaturen zu schnellem Wachstum, sodass teilweise Übermengen entstanden, die nicht abgesetzt werden konnten und daher fallweise gar nicht geerntet wurden. Auch der Bewässerungsaufwand war hoch. Der vielfach zu kühle September konnte durch die lange Herbstsaison mit ausgesprochen mildem Oktoberwetter wettgemacht werden.

Bei Salat, der über ein Drittel dieser Produktgruppe ausmachte, wurden 48.700 t geerntet (-5% zu 2021), wobei der Fünfjahresdurchschnitt um 4% übertroffen wurde. Kraut, dessen Anbaufläche sich nach dem Tiefstand von 2018 wieder kontinuierlich nach oben entwickelt, erreichte durch neuerliche Produktionszuwächse von 11% eine Erntemenge von 45.800 t. Chinakohl hingegen verzeichnete ein flächenbedingtes Minus von 16% zum Vorjahr und erbrachte eine Produktion von 13.900 t. Auch Spinat ging sehr stark zurück und sank auf ein Rekordtief von 8.500 t (-28% zu 2021), was einem Minus von 33% gegenüber dem Fünfjahresmittel entsprach. Spargel blieb zwar auf schwachem Ertragsniveau, erreichte jedoch mit 2.600 t eine höhere Produktion als im Vorjahr (+4%).

Überdurchschnittliche Zwiebelernte - Stabile Karottenproduktion

Die Gruppe der Hülsenfrüchte, Wurzel- und Zwiebelgemüsearten umfasste eine Erntemenge von 365.200 t, die 2% über dem Vorjahreswert notierte und damit auch deutlich das Fünfjahresmittel überstieg (+14%). An Zwiebeln, die über ein Viertel der gesamten Gemüseproduktion stellten, wurde auf ausgeweiteter Fläche ein ähnlich hoher Ertrag wie im Vorjahr erzielt, wodurch die Ernte von 174.800 t 18% über dem Fünfjahresdurchschnitt lag (+4% zu 2021).

Die Karottenproduktion blieb gegenüber dem Vorjahr weitgehend stabil (+1%), sodass sich die Ernte bei hohem Ertragsniveau auf 118.400 t belief (+11% gegenüber dem Fünfjahresmittel). Sellerie notierte mit einer Erntemenge von 14.600 t über Vorjahresniveau (+6%), während Kren mit 4.300 t nahezu unverändert ($\pm 0\%$ zu 2021) blieb. Knoblauch erreichte mit 1.500 t, hauptsächlich flächenbedingt, ein leichtes Ernteplus von 2% zum Vorjahr.

Bei Grünerbsen ging die Produktionsmenge trotz gesteigerter Erträge aufgrund von Flächenreduktion auf 9.600 t zurück (-2% zu 2021). Ein starker Flächeneinbruch schlug sich auch bei Fisolen mit einer entsprechend geringeren Produktionsmenge von 4.800 t (-20% zu 2021) nieder. Käferbohnen sanken aufgrund von Befruchtungsproblemen ertragsbedingt auf 300 t (-28%) und auch Gemüsesoja litt während der Blüte unter der Hitze, sodass trotz weiterem Flächenanstieg ein Produktionsminus von 6% auf 1.900 t zu verzeichnen war. (Schluss)

Hagelversicherung: Verbauung unserer Böden ist eines der größten Umweltprobleme

Alarm zum Weltbodentag am 5. Dezember

Wien, 2. Dezember 2022 (aiz.info). - "Österreichs Natur- und Lebensraum schrumpft jeden Tag durch Verbauung. Täglich verlieren wir ein Stück Identität und werden ärmer", so formuliert es der Vorstandsvorsitzende der Österreichischen Hagelversicherung, **Kurt Weinberger**, in einer Aussendung anlässlich des Weltbodentags am 5. Dezember 2022. Laut aktuellen Zahlen des Umweltbundesamtes wurden im Jahr 2021 hierzulande 10 ha Äcker und Wiesen - das entspricht in etwa der Größe von 14 Fußballfeldern - pro Tag für Bautätigkeiten, Verkehr und Betriebsflächen beansprucht und für immer zerstört. Damit liegt der Wert weit über dem Ziel: Schon 2002 wurde in der Nachhaltigkeitsstrategie der damaligen Bundesregierung angepeilt, den Bodenverbrauch mit 2,5 ha pro Tag zu deckeln.

"Tatsächlich liegen wir aber noch immer um den Faktor Vier über diesem angepeilten Ziel. Alleine in den vergangenen 25 Jahren wurden 150.000 ha Äcker und Wiesen durch Verbauung aus der landwirtschaftlichen Produktion genommen. Das entspricht der Agrarfläche des Bundeslandes Burgenland", so Weinberger, der auf die vielfältigen Aufgaben des Bodens verweist: "Der Boden ist eine nicht erneuerbare, wertvolle Ressource. In einer Handvoll Erde leben mehr Lebewesen, als es Menschen auf der Erde gibt. Dieses Wunderwerk Boden bindet Kohlenstoff, reinigt Wasser, verhindert Überschwemmungen, schützt vor Dürre, liefert uns Lebensmittel, gibt Menschen, Tieren und Pflanzen Lebensraum."

Market-Umfrage: 8 von 10 Österreicherinnen und Österreicher sehen den Bodenverbrauch als eines der größten Umweltprobleme

"82% der Österreicherinnen und Österreicher sehen eine zunehmende Verbauung von Boden für Shoppingcenter, Straßen, Industrie, Immobilien usw. als eines der größten nationalen Umweltprobleme. Damit liegt das Besorgnislevel auf ähnlich hohem Niveau wie jenes über den Klimawandel", zieht der Market-Chef **Werner Beutelmeyer** einen beunruhigenden Vergleich und verweist auf eine aktuelle Market-Umfrage, die im Auftrag der Österreichischen Hagelversicherung Mitte November durchgeführt wurde.

Ähnlich hoch ist das Problembewusstsein auch beim Verlust der Biodiversität durch Verbauung (81%). Auch die Verschandelung des Landschaftsbildes sehen zwei von drei Österreichern kritisch und für 74% gilt die heimische Lebensmittelversorgung als gefährdet. "Für die Selbstversorgung im Land ist die Verbauung jedenfalls ein massives Problem", erklärt Weinberger und ergänzt: "Bei Weizen liegt der Selbstversorgungsgrad aktuell bei 88%, bei Obst und Gemüse jeweils bei 50% und bei Soja nur bei 34%. Boden ist eine krisenrelevante Infrastruktur und gehört demnach geschützt. Denn eines ist klar: Von Beton können wir nicht abbeißen. Und ein Land mit immer weniger Böden ist wie ein Mensch mit immer weniger Haut, nicht überlebensfähig."

Lösungsansätze im Kampf gegen den Bodenverbrauch

"Generell braucht es in der jährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht nur die Erfassung des Bruttoinlandsproduktes, sondern auch die Bewertung des Naturkapitals, also wie hat sich der Zustand des Naturraumes entwickelt. Das heißt, es braucht ein neues Wirtschaftsdenken", so der Versicherungschef, der weitere Maßnahmen beispielhaft ergänzt: "Darüber hinaus muss es monetäre Anreize geben, Altbestand wieder zu nützen. Wir brauchen nur nach Bayern schauen, dort funktioniert die Raumordnung seit Jahrzehnten ohne Zersiedelung und Verbauung, wie es hierzulande der Fall ist. Es gibt jedenfalls schon viele theoretische Maßnahmen, um das 2,5 ha Bodenverbrauchsziel der Bundesregierung zu erreichen, man muss sie nur konsequent umsetzen."

"Treffen wir jetzt keine Maßnahmen, gefährden wir die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde. Denn auch sie wollen geordnete Räume, einen intakten und unverbauten Naturraum sowie eine lebenswerte Zukunft haben - das sind wir ihnen schuldig", so der gemeinsame Appell von Beutelmeyer und Weinberger. (Schluss)

Totschnig lud zum ersten Treffen der neuen Holzpolitikplattform "woodPop"

Grenzüberschreitende Forstpolitik ist Politik für die Zukunft

Innsbruck, 2. Dezember 2022 (aiz.info). - "Forstpolitik ist Politik für die Zukunft! Denn eine nachhaltige Waldbewirtschaftung ist aktiver Klimaschutz und die erneuerbare Ressource Holz bietet großes Potenzial. Darum habe ich zum ersten Treffen der neuen Holzpolitikplattform 'woodPop' nach Innsbruck eingeladen, um die überregionale Holzpolitik weiter zu stärken", betonte Bundesminister **Norbert Totschnig** im Rahmen der Veranstaltung, bei der mit 50 hochrangigen Expertinnen und Experten aus 17 europäischen Ländern sowie 16 Stakeholder-Organisationen der Startschuss zur Etablierung der "European Wood Policy Platform" gegeben wurde.

"Seit dem Russischen Angriffskrieg in der Ukraine ist das Thema Versorgungssicherheit und Energieverfügbarkeit in den Fokus gerückt. Derzeit arbeiten viele Staaten an der Unabhängigkeit von fossilen Ressourcen und konzentrieren sich verstärkt auf die regionale Versorgungssicherheit durch Holzverwendung. Mit unserer Österreichischen Holzinitiative im Rahmen des Waldfonds gehören wir hier zu den internationalen Vorreitern. Finnland verfügt ebenfalls über ein umfassendes Holzbauprogramm", so Totschnig und verwies darauf, dass Österreich und Finnland im Rahmen von "woodPoP" die länderübergreifende fachliche Zusammenarbeit forcieren wollen.

"Diese Plattform ist europaweit und sogar global die einzige ihrer Art. Nachhaltige Waldbewirtschaftung und eine Stärkung der Wertschöpfungskette Holz ist gerade in Zeiten von Krisen und Klimawandel ein Kraftakt, der nur gemeinsam gelingen kann. Durch die Bündelung regionalen Wissens und die Intensivierung des holzpolitischen Austausches in Europa können wir Synergien bestmöglich nutzen", erläuterte Totschnig.

Fünf Schwerpunkte der Plattform

Im Rahmen des Treffens wurde der "woodPoP Call on upscaling wood policy cooperation in Europe" vorgestellt. Dieser gemeinsame politische Aufruf mit fünf Schwerpunkten fand breite Unterstützung bei Ländervertretern und Stakeholder-Organisationen:

Erstens die Einrichtung einer holzbasierten politischen Dialogplattform über die nachhaltige Produktion und Verwendung von Holz und seinen Beitrag zu einer innovativen Bioökonomie.
Zweitens die Zusammenarbeit und gemeinsame Aktivitäten in holzbezogenen Angelegenheiten sowie in der effektiven Entwicklung und Umsetzung der Holzpolitik in der europäischen Region.
Drittens der Mehrwert von Holz, Holzwerkstoffen und insbesondere langlebigen Holzprodukten aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung als wesentliche Treiber für inklusives grünes Wachstum, Beitrag zum Klimaschutz und Reduzierung der Treibhausgasemissionen.
Viertens die gemeinsame Betonung der zahlreichen Vorteile multifunktionaler Wälder, um die Holznutzung als naturbasierte Lösung, sowie ihr Klimaschutz- und Anpassungspotenzial zu fördern.
Fünftens das Fachwissen des forstbasierten Sektors in Europa als Schlüsselfaktor für die Entwicklung effizienter, zukunftsorientierter holzbasierter Lösungswege nützen.

2023 soll die operativen Umsetzung der Plattform-Aktivitäten starten und ein weiterer Austausch mit Expertinnen und Experten zu spezifischen holzpolitischen Themenschwerpunkten (z.B. Holzbau, Förderprogramme) stattfinden. Auf der Website www.woodpop.eu werden demnächst weitere Informationen verfügbar sein. (Schluss)

IGP: Es braucht mehr Tempo bei Innovationen für den Green Deal

EU-Regulierung hinkt bei neuen Lösungen nach

Wien, 2. Dezember 2022 (aiz.info). - Die IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP) fordert mehr Tempo für EU-Rahmenbedingungen, die Forschung, Entwicklung und Zulassung von biologischen und konventionellen Pflanzenschutzmitteln mit Blick auf den Green Deal voranbringen. Die Industrie sei für die kommenden Herausforderungen gerüstet. "Seit 2011 wurden insgesamt 108 Anträge für biologische und konventionelle Wirkstoffe gestellt, aber nur die Hälfte bewilligt. Neue Lösungen stecken derzeit also in der regulatorischen Pipeline fest. Man kann nicht im Zuge des Green Deals und der Sustainable Use Regulation - SUR - Verbote aussprechen und gleichzeitig Innovationen bremsen. Sonst droht den Landwirten bis 2030 eine Mission Impossible", warnt IGP-Obmann **Christian Stockmar** .

Die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln hätten die Herausforderung durch den Green Deal angenommen und die Selbstverpflichtung formuliert, bis 2030 insgesamt 10 Mrd. Euro für technologische Lösungen sowie 4 Mrd. Euro für biologische Pflanzenschutzmittel bereitzustellen. "Die Mitgliedsunternehmen von Croplife Europe haben von 2015 bis 2021 bereits ein Viertel der genannten Summe investiert: 1,75 Mrd. Euro für die Forschung und Entwicklung von biologischen Pflanzenschutzmitteln sowie 2,15 Mrd. Euro für digitale und Präzisionstechnologien", so Stockmar. "Das zeigt, dass die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln das Tempo vorgeben, während andere bremsen."

Der Klimawandel bringe neue Schaderreger und einen höheren Schadddruck bei gleichzeitig steigendem Stress der Pflanzen. Ohne entsprechende Lösungen könnten die Landwirte ihre Pflanzen nicht schützen.

Doch nicht nur bei Pflanzenschutzmitteln, sondern auch im Bereich Technologien brauche es mehr Tempo. "Durch Investitionen in digitale und präzisere landwirtschaftliche Technologien ermöglichen wir es Landwirten, nachhaltiger zu produzieren. So kann die Applikationsfläche um bis zu 80% sowie die ausgebrachte Menge um bis zu 30% reduziert werden. Damit diese Techniken 2030 aber großflächig verwendet werden, braucht es ein günstigeres Investitionsklima und eine bessere Infrastruktur", so Stockmar. (Schluss)